

Frauen in der deutschen Politik: Neue Daten zur Partizipation

Dr. Ulrike Heß-Meining

Ministerinnen, Bundeskanzlerin, eine mögliche Bundespräsidentin – alles scheint machbar für Frauen in der deutschen Politik. Dennoch erfordert es kein allzu genaues Hinsehen, um festzustellen, dass Frauen noch nicht mit gleicher Selbstverständlichkeit in politischen Ämtern positioniert sind wie Männer. Der folgende Artikel soll daher einen Überblick ermöglichen, wie es um die politische Partizipation von Frauen in Deutschland bestellt ist.

Politikerinnen im Deutschen Bundestag blieben die ersten Jahrzehnte des Bestehens der Bundesrepublik Deutschland eine Randerscheinung. Erst in der 11. Legislaturperiode, die 1987 begann, wurde der Anteil der weiblichen Abgeordneten mit 15 Prozent zweistellig. Seit der 14. Legislaturperiode (1998-2002) beträgt der Frauenanteil in der deutschen Volksvertretung stabil knapp über 30 Prozent. (1) Diese Zahlen enthalten zunächst eine Erfolgsgeschichte: die wachsende Beteiligung von Frauen an der Politik, die ihren Höhepunkt in der Wahl der ersten deutschen Bundeskanzlerin fand. Auch im EU-Vergleich ist der Frauenanteil im Deutschen Bundestag hoch einzustufen. Lediglich die skandinavischen Mitgliedsländer, die Niederlande, Spanien, Belgien und Österreich haben prozentual mehr weibliche Abgeordnete in ihren nationalen Parlamenten. (2)

Zugleich wird aber deutlich, dass Frauen in politischen Gremien noch immer unterrepräsentiert sind. In Deutschland sind Frauen in den meisten Parlamenten durchschnittlich zu etwa einem Drittel vertreten. Dies gilt, wie bereits erwähnt, für den Deutschen Bundestag, für die Länderparlamente wie auch für die deutschen Abgeordneten des EU-Parlaments. In den Länderparlamenten reicht die Spannweite der Frauenanteile von Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern mit je 25 % bis Berlin, Bremen und Brandenburg mit je knapp 40 %. (3) In den Gemeinden (hierbei liegen Zahlen für die Städte ab 10.000 Einwohner vor) ergibt sich im Jahr 2004 eine aufschlussreiche Staffelung nach Größe der Stadt. Während die Kommunalparlamente deutscher Millionenstädte einen Frauenanteil von 35 % aufweisen, sind in Kleinstädten von 10000 bis 20000 Einwohnerinnen und Einwohnern lediglich 21,4 % der Ratsmitglieder weiblich. Im Durchschnitt ist der Frauenanteil in den Kommunalparlamenten daher am niedrigsten. Er betrug 2004 lediglich 24,7 %. (4)

Es sei daran erinnert, dass Frauen sich bereits lange in gleichem Maß an Wahlen beteiligen wie Männer, dass sie die gleiche, und in den jüngeren Generationen eine höhere Schulbildung aufweisen, kurz: Frauen werden nicht mehr von ihren Möglichkeiten und Kenntnissen von der politischen Beteiligung abgehalten. Um Gründe für ihr geringeres politisches Engagement und ihren beschränkten Anteil an politischen Posten zu finden, müssen daher andere Faktoren berücksichtigt werden.

Eine Spur liefert der vergleichsweise geringe Frauenanteil in Kommunalvertretungen. Ein sachlicher Grund hierfür liegt in der relativ hohen Bedeutung der »Freien Wählergruppen« auf Gemeindeebene, die unter ihren Ratsmitgliedern einen besonders niedrigen weiblichen Prozentsatz aufweisen. (5)

Gerade in politischen Strukturen der Kommunen kann daher eine Dominanz von männlichen Netzwerken vermutet werden, die Frauen aktiv oder passiv von politischer Beteiligung fernhalten. Einen negativen Effekt männlich bestimmter Netzwerke für das politische Fortkommen von Frauen gibt es sicherlich ebenfalls in anderen politischen Strukturen und Gremien.

Der Anteil an Mitgliedschaften in Parteien ist ein weiteres Indiz, dass Frauen sich sowohl von der Mitarbeit in Parteien nicht in ähnlicher Weise angesprochen fühlen wie Männer als auch möglicherweise Hemmnisse für ein Engagement bestehen. Mit 18 % ist der Frauenanteil in der CSU 2005 besonders niedrig, es folgt die F.D.P. mit 23 %, die CDU mit 25 %, die SPD mit 30 % und Bündnis 90/Die Grünen mit 37 %. Ausnahme mit 45 % Frauen unter den Mitgliedern ist 2005 die Linkspartei/PDS. (6)

In keiner Partei sind Frauen jedoch in gleicher Weise eingebunden wie Männer, in den großen Volksparteien liegt ihre Mitgliedschaft durchgehend unter einem Drittel.

Da politische Karrieren in Parteien voranschreiten, zumeist auf der kommunalen Ebene starten und die sog. »Ochsentour« Bedingung ist, ist für diese geringere Beteiligung auch ein Zusammenhang mit weiblichen Lebensläufen anzunehmen. Frauen mit jüngeren Kindern werden wohl häufig von einem politischen Engagement durch die damit verbundene Dreifachbelastung von Familie, Beruf und Politik abgehalten.

In der Krise der schwindenden Wahlbeteiligung, des verringerten Interesses an Demokratie, stellt sich aber nicht mehr nur die Frage, ob Frauen gehindert werden politische Ämter einzunehmen, sondern, ob sie dies wollen, ob politische Partizipation für Frauen attraktiv ist.

Betrachtet man Ergebnisse der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS) von 2002 und 2004, so zeigt sich, dass das ohnehin geringe politische Interesse bei Frauen in diesem Zeitraum noch

gesunken ist. Interessierten sich 2002 23,6 % der befragten Frauen »stark« oder »sehr stark« für Politik, so war dieser Anteil 2004 auf 19,4 % zurückgegangen. Die Vergleichszahlen für Männer betragen 2002 42,4 % und 2004 37,9 %. Es existiert folglich eine auffallende Geschlechterdifferenz bei dieser Frage, die zusätzlich belegt, dass sich Frauen von der etablierten Politik noch weniger angezogen fühlen als Männer. Stärker noch zeigt sich diese Entwicklung bei den ganz jungen Frauen. In der Altersgruppe von 18 bis 29 Jahren interessierten sich 2002 19,2 % »stark« oder »sehr stark« für Politik, 2004 war dieser Anteil auf 13,3 % zurückgegangen (eigene Berechnungen).

Kritisch wurde hinsichtlich dieser Fragestellung eingewendet, dass sich Frauen mit der allgemeinen Frage nach dem politischen Interesse weniger angesprochen fühlen, da sie sich eher für Politikbereiche interessieren (wie bürgerschaftliches Engagement, soziale Belange und Bildungsthemen), die in den Parlamenten weniger Berücksichtigung finden. Die offensichtliche Wechselwirkung zwischen dem Empfinden von Frauen, Politik sei nicht »ihr Thema« und dem deutlich geringeren Engagement bereits auf Parteiebene im Vergleich zu Männern liegt jedoch klar auf der Hand.

Das bedeutet gleichwohl nicht, dass Frauen unpolitisch wären. In den regelmäßigen Befragungen des ALLBUS, in dem nicht institutionalisierte Politikformen wie Unterschriftensammlungen, Demonstrationen oder Konsumboykott berücksichtigt werden, weisen Frauen in einigen Bereichen ein höheres Niveau auf. So hatten sie 2004 häufiger als Männer an Unterschriftensammlungen teilgenommen, »bestimmte Produkte aus politischen Gründen nicht gekauft« oder für soziale bzw. politische Zwecke Geld gesammelt oder gespendet. Lediglich die Teilnahme an Demonstrationen war im Vergleich zu Männern geringer.

Hinweise für das Potential zu größerer politischer Beteiligung von Frauen liefert auch der bürgerschaftliche Sektor. Der Freiwilligensurvey 2004 ergab zwar mit 32 % freiwillig engagierten Frauen und 39 % freiwillig engagierten Männern eine Prozentsatzdifferenz von 7 % zu Ungunsten der Frauen. Während jedoch die bürgerschaftliche Partizipation von Männern zwischen 1999 und 2004 stagnierte und in vielen Altersgruppen gesunken ist, stieg das Engagement von Frauen in diesem Zeitraum leicht und in einigen Altersgruppen stark an. (7)

Das Fazit zum Stand der Partizipation von Frauen in der Politik bleibt jedoch ambivalent. Im internationalen Vergleich gibt es in Deutschland einen recht hohen Prozentsatz an Frauen in politischen Ämtern. Auch historisch befinden wir uns auf einem Höhepunkt der politischen Partizipation von Frauen. Aber seit Beginn des neuen Jahrtausends stagnieren in Deutschland die Frauenanteile in den Parlamenten und die Anteile der weiblichen Mitglieder an den im Bundestag vertretenen politischen Parteien.

Das politische Interesse von Frauen geht immer weiter zurück. Es bleibt daher eine wichtige bürgerschaftliche Aufgabe, Frauen den Weg in politisches Engagement zu ebnen, ihr politisches Interesse zu fördern und auch bisher männlich dominierte Politikfelder für sie attraktiv zu machen.

Anmerkungen

- (1) Vgl. für diese Zahlen und weitere Informationen zum Thema: Heß-Meining, Ulrike (2005) Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 355
- (2) Stand 2008, vgl. Inter-Parliamentary Union, www.ipu.org/wmn-e/classif.htm vom 22.9.2008
- (3) Zahlen jeweils für 2008 vgl. die Internetseiten der genannten Bundesländer
- (4) Deutscher Städtetag (2004) Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden. Berlin
- (5) Siehe hierzu Infratest Burke Sozialforschung (Hrsg.) (1995) Erfolg von Frauen bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, durchgeführt von Sibylle Picot, Bernhard von Rosenblatt unter Mitarbeit von Alexandra Muth. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Baden Württemberg. München, Dezember 1995 (unveröffentlichtes Manuskript), vgl. Heß-Meining 2005, S. 365
- (6) Zahlen von der Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/themen/5BQ8OH.html vom 22.9.2008
- (7) Gensicke, Thomas (2004) Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auftrag des BMFSFJ. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München (unveröffentlichte Rohfassung vom Oktober 2004), S. 35)

Literatur

Deutscher Städtetag (2004) Statistisches Jahrbuch deutscher Gemeinden. Berlin

Gensicke, Thomas (2004) Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Durchgeführt im Auf-

trag des BMFSFJ. Vorgelegt von TNS Infratest Sozialforschung. München (unveröffentlichte Rohfassung vom Oktober 2004)

Heß-Meining, Ulrike (2005) Politische Partizipation und bürgerschaftliches Engagement, in: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin, S. 342-384

<http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html>

Infratest Burke Sozialforschung (Hrsg.) (1995) Erfolg von Frauen bei Kommunalwahlen in Baden-Württemberg, durchgeführt von Sibylle Picot, Bernhard von Rosenblatt unter Mitarbeit von Alexandra Muth. Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst Baden Württemberg. München, Dezember 1995 (unveröffentlichtes Manuskript)

Autorin

Dr. Ulrike Heß-Meining ist Soziologin und arbeitet als Lehrbeauftragte an der Universität der Bundeswehr München und der Katholischen Universität Eichstätt.

Literaturtipp

Bednarz-Braun, Iris/Heß-Meining, Ulrike (2004): Migration, Ethnie und Geschlecht. Theorieansätze – Forschungsstand – Forschungsperspektiven. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de